



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Fraktion im Kreistag Lüchow-Dannenberg

An den Landkreis Lüchow-Dannenberg
Frau Landrätin Dagmar Schulz
Königsberger Straße 10

29439 Lüchow

Kerstin Peters
Vorsitzende

Handy 01 73-929 20 62
die.peters@t-online.de

Neu Darchau, 16.08.2023

Sehr geehrte Frau Landrätin Schulz,

hiermit stellt die SPD-Fraktion den nachfolgenden Antrag für den KA und den Kreistag:

Der Kreistag möge beschließen:

Der Landkreis Lüchow-Dannenberg ist besorgt über die Ergebnisse der Recherche zu völkischen Siedlern. Er spricht sich entschieden gegen völkische Siedler und völkisches Gedankengut aus. Im Landkreis Lüchow-Dannenberg ist kein Platz für rassistische und demokratiefeindliche Bewegungen. Der Landkreis steht für Vielfalt, Diversität und Toleranz. Um ein erstes Zeichen zu setzen, wird der Landkreis Lüchow-Dannenberg die Gruppe „Beherzt“ unterstützen und Holzkreuze mit der Aufschrift „Kreuz ohne Haken - für Vielfalt“ sichtbar im Eingangsbereich des Kreishauses aufstellen.

Begründung:

Der neueste Bericht in der Elbe-Jeetzel-Zeitung hat die Situation im Landkreis nochmal verdeutlicht: Der Landkreis Lüchow-Dannenberg wird immer mehr die Hochburg für völkisches Gedankengut in ganz Deutschland. Es ist besorgniserregend, wie sich völkische Siedler in unserer Region ausgebreitet haben. Völkische Gruppierungen und somit rechtsextreme Bewegungen sind in unserer Region massiv vertreten. Der Landkreis Lüchow-Dannenberg muss selbst aktiv werden und über die Situation und die dadurch entstehenden Gefahren aufklären. Er muss ein klares Statement gegen völkisches Gedankengut und demokratiefeindliche Bewegungen abgeben. Angesichts der Brisanz darf nicht schweigend zugeguckt werden.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in blue ink that reads 'K. Peters'.

Kerstin Peters
Vorsitzende der SPD-Fraktion



KGS Clenze

Protestaktion gegen mutmaßlich rechtsextremen Lehrer

Linke Aktivist/innen demonstrieren – Schülerschaft reagiert gespalten



[/ic/d-fs/articlemedia/2023/05/23/2766563.jpg](#)

Protest während der großen Pause: eine Gruppe aus der linken Szene hatte sich am Rand des Schulhofs der KGS Clenze platziert. — Aufn.: C. Franke

Clenze. Auf der einen Seite Aktivistinnen und Aktivisten, die die offenbar rechtsextreme Gesinnung eines Lehrers anprangern, auf der anderen Seite Schülerinnen und Schüler, die das Geschehen teils interessiert verfolgen, teils lautstark den Pädagogen verteidigen: Dieses Szenario hat sich am Dienstagvormittag vor der KGS in Clenze abgespielt. Dort unterrichtet bekanntermaßen seit Jahren ein Lehrer, der mit seiner Familie im Nachbarlandkreis Uelzen lebt und der Szene der völkischen Siedler zugerechnet wird.

„Wir fordern die unverzügliche Kündigung und keine weitere Einstellung des Lehrers bundesweit“, hieß es in einer Rede aus der Reihe der rund 40 Aktivist/innen. „Faschistisches

Gedankengut hat in der Bildung nichts zu suchen.“ Die Demonstrierenden hatten sich mit einem Transparent mit der Aufschrift „Völkische Siedlerstrukturen aufdecken und bekämpfen“ sowie Flugblättern zu dem Thema auf dem Schulgelände am Rand des Schulhofs positioniert – genau zur großen Pause. Entsprechend war der Andrang aus der Schülerschaft – wohl mehr als 100 Kinder und Jugendliche hörten sich die Rede an. Ein paar von ihnen, eine kleine Gruppe etwa 15 Jahre alter Jungen, verteidigte den Lehrer, indem sie dessen Namen skandierte. Teils flogen zusammengeknüllte Flugblätter und dünne Stöckchen in Richtung der Demonstrierenden – eine aufgeheizte Stimmung. Im Nachgang hieß es aus der linken Szene, dass auch vereinzelt rechte Parolen aus der Schülerschaft gerufen worden seien. Andere Jugendliche hätten die Aktion dagegen ausdrücklich begrüßt und mehr erfahren wollen.

Schule ein geschützter Raum

Schulleiterin Ulrike Marx war nach Ende der Demo „froh, dass es nicht weiter eskaliert ist“. Selbstverständlich gebe es ein Demonstrationsrecht, allerdings könne man nicht einfach das Schulgelände betreten. Das sei eine Grenzüberschreitung. Schule sei ein geschützter Raum.

Dass die Schüler ihren Lehrer mit Sprechchören verteidigt hätten, zeige, wie emotionalisiert der Fall sei. Das Thema polarisiere seit Jahren in der Schülerschaft und im Kollegium. Allen Hinweisen sei die Landesschulbehörde nachgegangen. Sie habe aber „nichts gefunden, wo gegen geltendes Recht verstoßen wurde“, so Marx. Dennoch sei es gut, dass die Gesellschaft wach und aufmerksam sei.

Aus Sicht der Demonstrierenden war der Ort des Protests legitim. Zwar sei die Demo „etwas dynamischer“ verlaufen als erwartet. Aber man habe am Rand gestanden und den Kernbereich nicht betreten, so Aktivist Micha Brand. Und: „Ohne ein gewisses Maß an Störung wird sich nichts ändern.“

Gegen „Normalisierung“

Dass der Lehrer teils verteidigt wurde, zeige, „dass der Hintergrund für viele kaum eine Rolle spielt“, sagt Brand. In der Schüler- und Elternschaft werde der Mann auch immer wieder als „guter Lehrer“ charakterisiert. Aus Sicht der Aktivist/innen ein Einfallstor. „Die Tätigkeit dient der Verharmlosung faschistischer Einstellungen in der Gesellschaft.“ Man wolle mit der Demo ein Signal senden an die Schule und die Behörden.

Zuletzt habe man registriert, dass der Lehrer sein Agieren verfestige und sein Netzwerk erweitere – auch in Milieus in Lüchow-Dannenberg, die bislang keine Kontakte in die völkische Szene gehabt hätten. Aus Sicht der Protestierenden sei der Mann „ein professioneller Nazi, der weiß, wie er das zu verpacken hat“. Ihnen sei bewusst, dass der Schule

in der Sache die Hände gebunden sind. Aber man wolle dem Lehrer „das ruhige Hinterland wegnehmen“ und der „Normalisierung entgegenzutreten“.

Zuletzt war der Lehrer, über den die EJZ in der Vergangenheit mehrfach berichtet hatte, in die Schlagzeilen geraten, nachdem in einem Beitrag von Spiegel-TV Vorwürfe gegen ihn erhoben worden waren. Auf EJZ-Nachfrage hieß es von den Behörden, dass man sich aus Daten- und Persönlichkeitsschutz nicht konkret zu Einzelfällen äußere. Aber: „Seien Sie jedoch versichert, dass entsprechende Hinweise zu möglicherweise verfassungsfeindlichen Handlungen und Äußerungen von Schulbeschäftigten sowohl durch die Schule als auch das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Lüneburg (und das Niedersächsische Kultusministerium) sehr ernst genommen und entsprechend der beamtenrechtlichen Rahmenbedingungen geprüft und beurteilt werden.“



Rechtsextremismus

Völkische Siedler: So lief die Diskussion an der KGS Clenze

Nach dem Protest gegen einen offenbar rechtsextremen Lehrer fand an der Schule eine Infoveranstaltung statt



[/ic/d-fs/articlemedia/2023/06/22/2767714.jpg](#)

Der Verein "beherzt" tritt mit seinem Kreuz ohne Haken für Vielfalt und gegen rechtes Gedankengut ein. —
Aufn.: C. Franke



[/ic/d-fs/articlemedia/2023/06/22/2767712.jpg](#)).

Sprach in der KGS-Mensa in Clenze über die rechte Szene in der Region: Martin Raabe von der Gruppe „beherzt“. — Aufn.: C. Franke

Clenze. Es dauerte zwei Stunden, bis am Mittwochabend die Sprache auf den Mann kam, der Auslöser dafür war, dass sich 300 Menschen in der Clenzer KGS-Mensa versammelt hatten. Jener Lehrer, der nach allem, was man über ihn weiß, mit seiner Familie zu den rechtsextremen völkischen Siedlern gezählt wird. Eine Frau, deren Kinder auf die Drawehn-Schule gehen, wollte wissen, was man gegen den Mann, gegen den es jüngst eine Demo vor der Schule gab, machen könne.

Unbehagen kanalisieren

Martin Raabe, der an diesem Abend auf der Bühne stand, wollte „nicht in Personaldiskussionen einsteigen“. Aber es sei ein großer Zusammenschluss gewesen, der ihn um einen Auftritt gebeten hatte – aus dem Arbeitskreis „Demokratie“ der Drawehn-Schule, dem Schulelternrat, der Schüler/innenvertretung, der Schulleitung und dem Förderverein der Schule. Es gebe ein großes Unbehagen, das man kanalisieren wolle – und dazu müsse man erst einmal wissen, „worum es überhaupt geht“.

Raabe war früher Pastor und ist heute einer der Köpfe der Gruppe „beherzt“, einer Initiative, die sich vom Landkreis Uelzen ausgehend gegen völkische Siedler und rechtsextremistisches

Gedankengut einsetzt.

Im Publikum hatten Schülerinnen und Schüler, Eltern, Lehrkräfte, Kommunalpolitiker/innen und viele weitere Interessierte Platz genommen. Auf einem der Stühle saß der umstrittene Lehrer, eingerahmt von zwei jungen Männern, die ihn begleiteten.

Führung durch die rechte Szene

Sie alle verfolgten mehr als eineinhalb Stunden lang Raabes Vortrag, der das Publikum durch die aktuelle rechtsextreme Szene in Deutschland führte – von Gruppierungen wie den Artamanen über die Germanische Neue Medizin, die Identitäre Bewegung bis hin zu dem, was er den politischen Arm der Rechtsextremen nannte: die AfD.

Denn hinter dem Begriff völkische Siedler verbergen sich Raabe zufolge verschiedene Organisationen und Gruppen. Sie eint das Ziel eines aus ihrer Sicht „reinen deutschen Volkes“, für das es „artgerechte Frauen und artgerechte Kinder“ brauche. Damit stünden die rechtsextremen Bewegungen einer offenen, pluralistischen Gesellschaft entgegen – und auch nicht auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. So sieht das auch der Verfassungsschutz (siehe Info-Kasten). Und, so warnte Raabe weiter, die rechtsextremen Positionen, der rechtsextreme Sprachgebrauch dringe immer weiter in die Mitte der Gesellschaft hinein – so würden derartige Positionen normalisiert.

Dazu trage auch die Strategie der Rechten bei, sich als „normale, ordentliche Menschen“ zu geben, sich einzubringen in Schul- und Kita-Elternräten, in Vereinen, in Dorfgemeinschaften. „Sie geben sich politisch harmlos“, erklärte Raabe. Sein Appell: „Wem es um die Demokratie, um Offenheit geht, wer die Vielfalt erhalten möchte, der muss den Mund aufmachen.“

Das sorgte für großen Applaus im Saal. Der Lehrer und seine Begleiter klatschten nicht. Am Ende ergriff einer der beiden jungen Männer – ehemaliger KGS-Schüler – das Wort und versuchte in einem Redebeitrag um Verständnis zu werben, ohne explizit auf völkische Siedler oder den Lehrer einzugehen. Auf solch eine Diskussion wollte sich Raabe nicht einlassen. Er habe eine „deutlich andere Meinung“ und „Schwierigkeiten, wenn Menschen sich in eine Opferrolle begeben“.

Neuer Bericht: Das sagt der Verfassungsschutz

Der niedersächsische Verfassungsschutz hat in seinem kürzlich veröffentlichten Bericht für das vergangene Jahr die völkischen Siedler erneut in den Blick genommen. Demnach liege der Schwerpunkt ihres Wirkens „im Großraum Lüneburg-Uelzen-Lüchow-Dannenberg“.

Völkische Familien seien dort seit vielen Generationen ansässig oder hätten ihren

Lebensmittelpunkt in diese Region verlagert. „Die engen familiären Verbindungen reichen zum Teil in die Zeiten gemeinsamer Mitgliedschaft in den verbotenen Organisationen ‚Wiking-Jugend‘ und ‚Heimatreue Deutsche Jugend e. V.‘ (HDJ) zurück. Deren völkische und rassistische Positionen gehören zu den grundlegenden Elementen rechtsextremistischer Ideologie. Folgerichtig sind viele Personen aus dem Bereich der völkischen Siedler zugleich Mitglieder in diversen rechtsextremistischen Organisationen.“ Im Vordergrund stehe für sie das Bestreben, zu der von ihnen abgelehnten Gesellschaftsordnung eine völkische Gegenwelt zu schaffen, in der sie nach ihren Normen der völkisch-kulturellen Homogenität leben. Die Verfassungsfeindlichkeit der Gruppierungen zeige sich unter anderem in der Ablehnung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.
